

2. Sitzung des Europaausschusses am 24.08.2022
– hier: Sprechzettel TOP 3

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Landesregierung ist sich der Situation für Berufspendler, Familien und Reisende an der Grenze und im Grenzgebiet sehr bewusst und setzt sich seit Jahren für ein Ende der Grenzkontrollen ein.

Die Zuständigkeit für die Bundesautobahn ist zum 01.01.2021 auf die Autobahn GmbH des Bundes übergegangen, und die Zuständigkeiten für Grenzkontrollen und Grenzsicherung obliegen dem Bundesinnenministerium. Das Land hat also keine eigenen Regelungszuständigkeiten.

Wie in den Sommerferien üblich, kam es an den Wochenenden im Juli und August aufgrund des Reiseverkehrs nach Dänemarks zu langen Staus an der Grenze aufgrund der Verlangsamung im Rahmen der stichprobenartigen Einreisekontrollen.

Dieses Phänomen ist nicht neu und während der Ferienzeiten regelmäßig ein Grund für die Diskussionen über den Sinn und die Verhältnismäßigkeit der Kontrollen.

Zu **Stoßzeiten** – bspw. im Berufsverkehr – kommt es zudem auch innerhalb der Wochen zu Staubildungen.

Hierunter leiden insbesondere die Grenzpendlerinnen und Grenzpendler sowie der kleine Grenzverkehr, der so bedeutsam für die Menschen und Unternehmen in der Grenzregion ist.

Betroffen sind insbesondere der Grenzübergang Ellund im Verlauf der Bundesautobahn A7 und die Grenzübergänge wie Krusau im Verlauf der Bundesstraße B200 sowie die „Schleichwege“ in deren direktem Umfeld.

Hinsichtlich der Staulängen berichtet das Landespolizeiamt für die vergangene Woche von Staulängen von rund 4 Kilometer zwischen Montag und

Donnerstag mit 30 Minuten Wartezeit im Berufsverkehr zwischen 06:00 – 09:00 Uhr.

Am Freitag und Samstag waren es rund 10 Kilometer mit 75 Minuten Wartezeit, und in der Spitze lag das Stauende hinter der Anschlussstelle Flensburg, die Wartezeit wurde mit bis zu 90 Minuten beziffert.

Zum Teil wurden Staulängen von 15 Kilometer Länge beobachtet.

Von den Grenzkontrollen sind Pendlerinnen und Pendler nicht nur am Grenzübergang an der A 7 betroffen, sondern an allen Grenzübergängen. Viele Menschen weichen auf die „kleinen Grenzübergänge“ aus, so dass es auch hier zu Staus kommt.

Davon sind dann die Einwohnerinnen und Einwohner in den umliegenden Gemeinden insgesamt besonders stark betroffen.

Besondere Belastung treten derzeit insbesondere durch die Tourismussaison und die immer noch vorherrschende Praxis des „Bettenwechsels“ am Samstag auf.

Allerdings lassen sich die Zeiten der Staus nicht präzise vorhersagen, das heißt, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen können nicht immer genau abschätzen, wann sie losfahren müssen, um rechtzeitig ihren Arbeitsplatz zu erreichen.

Ohne die Beseitigung der Engstelle auf der Bundesautobahn A7 oder die Schaffung von mehr Verkehrsraum und ohne ein deutliches Entgegenkommen der dänischen Behörden wird keine Verkehrsregelung zur Reduzierung der Beeinträchtigung im nordöstlichen Grenzgebiet möglich sein.

Die Landesregierung begrüßt daher das Ergebnis eines Abstimmungsgesprächs vom 08.08.2022 zur Einrichtung eines zweiten Grenzpostens zur beschleunigten Abfertigung aller Dänemarkreisenden am Grenzübergang Eilund im Zuge der A7/E45.

Dies betrifft die sogenannte 5. Spur auf der ehemaligen Grenzkontrollstelle, die bisher als **Fast Lane** für LKW genutzt wurde.

Sollte der zweite Grenzposten dauerhaft eingerichtet werden, kann eine Gelbmarkierung so aufgebracht werden, dass die beiden ankommenden Fahrstreifen parallel verschwenkt und aufrechterhalten werden können.

Eine Spureinziehung würde nicht mehr stattfinden.

Klar ist aber, dass die Lösung insgesamt nur in der Beendigung der Grenzkontrollen und der Rückkehr zum Schengen-Abkommen liegen kann.

Der Sinn und die Verhältnismäßigkeit der Kontrollen wurden schon in den letzten Jahren wiederholt infrage gestellt, in diesem Jahr auch erstmals in einer breiten Diskussion innerhalb der dänischen Politik auch außerhalb der Grenzregion.

Dies hat auch in den dänischen Medien landesweit Aufmerksamkeit erhalten. Auf schleswig-holsteinischer Seite und in Sønderjylland – dem ehemaligen Nordschleswig – sowie bei den Minderheiten beiderseits der Grenze stoßen die Kontrollen auf – teils vehemente – Ablehnung.

Dennoch hält die dänische Regierung an den Kontrollen fest, und sie verteidigt diese als notwendig.

Sie begründet die Kontrollen mit Sicherheitsinteressen.

Seit 2016 verlängert Dänemark die zeitlich auf 6 Monate begrenzten Einreisekontrollen durchgängig mit (leicht) ändernden Begründungen.

Zentraler Aspekt ist und war durchgängig die **Terrorabwehr**.

Aktuell wird auch auf die **Bandenkriminalität in der dänisch-schwedischen Grenzregion** als weiteren Anlass verwiesen.

Im April hat der **Europäische Gerichtshof (EUGH) ein richtungsweisendes Urteil dahingehend gefällt**, dass die wiederholte Verlängerung der Grenzkontrollen mit derselben Begründung unzulässig ist, es sei denn, es läge eine **ernsthafte** Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit vor.

Aufgrund dieser Entscheidung, auch wenn sie gegen Österreich erging, erscheint die Zulässigkeit der dänischen Grenzkontrollen zumindest zweifelhaft.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat in einem Brief an Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein deutlich gemacht, dass die EU-Kommission Grenzkontrollen durch EU-Mitgliedstaaten im Lichte dieses Urteils neu bewertet.

Ich erwarte, dass diese Aussage auch Auswirkungen auf die hiesigen Grenzkontrollen haben wird.

Die Landesregierung hat, wie auch die Vorgängerregierungen, ihre Ablehnung der Grenzkontrollen ausgedrückt.

Die Landesregierung versucht, im Rahmen von direkten Kontakten auf die dänische Regierung einzuwirken.

So wird Ministerpräsident Günther die Thematik bei seinem Antrittsbesuch in Dänemark zur Sprache bringen.

Eine weitere Möglichkeit wird sich im Rahmen des Zusammentritts der Deutsch/Dänischen Verkehrskommission im Herbst des Jahres ergeben.

Die Landesregierung ist zudem bestrebt, Gespräche mit der dänischen Regierung und dem Bund über Alternativen zu den Grenzkontrollen zu führen. Seitens der dänischen Regierung möchte man aber laut medialer Aussagen an den Kontrollen festhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.